

# Cancel Culture & Co. – Warum wir ein Debattieren in Sachfragen brauchen

Auftaktveranstaltung zur Online-Veranstaltungsreihe „Für ein Denken und Debattieren in Sachfragen“ für Mehr Demokratie Bayern, 27.10.2022

Referent: Dr. Christian Zeller, Mitglied im Landesvorstand Bayern

*Jan Renner moderiert an. Johanna Ankenbauer, Theresa Niederberger, Wolfgang Scheffler, Christian Zeller stellen sich vor. Dann Aufforderung an das Publikum: „Bitte schreiben Sie in den Chat, warum Sie heute Abend hier sind.“*

Nachdem wir hoffentlich jetzt alle, auch wenn wir nicht im selben Raum sind, hier miteinander angekommen sind, möchte ich uns in den nächsten 40 Minuten Diskussionsanstöße zum Thema demokratische Kultur geben. Erstens möchte ich sagen, wie diese Veranstaltungsreihe motiviert ist: Mehr Demokratie e. V. setzt sich nicht nur *für* direkte Demokratie und mehr Partizipation ein, sondern auch *gegen* Demokratieabbau, beispielsweise im Falle von TTIP, CETA oder der allgegenwärtigen digitalen Überwachung. Eine solche Initiative ist, wofür ich heute Abend plädieren möchte, auch auf der Ebene demokratischer Kultur geboten. Es geht darum, gegen die allgegenwärtigen Lagerbildungen und Pauschalisierungen in der öffentlichen Debatte den Raum des demokratischen Verhandelbaren wieder zu öffnen und die Mechanismen der gegenwärtigen Schließungsversuche offenzulegen. Ich werde dabei mit dem ehemaligen Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin von etwas ausgehen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: „Menschen müssen als mündig angesehen werden, und man muss ihnen zutrauen, auch mit differenzierten Informationen umzugehen.“ (zit. n. Information Philosophie 50 (2), S. 122) Zweitens werde ich ein Phänomen vertiefter behandeln, das in den letzten Jahren kontrovers diskutiert wird, nämlich eine sog. „Cancel Culture“, die von universitär geprägten Kreisen in die Gesellschaft einsickert sein soll. Ist dieses Phänomen real oder ein Hirngespinnst rechtspopulistischer Kommentatoren, die eine „Cancel Culture“ beklagen, wenn ihnen widersprochen wird? Und wie ist es demokratiepolitisch einzuordnen? Drittens werde ich etwas zu Möglichkeiten des Engagements im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe und darüber hinaus sagen.

## I. Demokratische (Un-)Kultur

Lassen Sie uns zum Einstieg über das Verhältnis von Krise und Kontroverse nachdenken. Erinnern Sie sich an den März 2020 als es plötzlich hieß: Pandemie, Bilder aus dem italienischen Bergamo, die Aktienmärkte stürzen ab. Erinnern Sie sich an den 24. Februar 2022: Putins Hubschrauber fliegen vor Kiew. Denken Sie an die Klimakatastrophe, an die Digitalisierung, an die Umbrüche in der Arbeitswelt, an das Artensterben, die Inflation, den Energiekrieg mit Russland... Krisen zeichnen sich dadurch aus, dass man nicht weiß, wie es weitergeht. Wer aber sagt uns, wie es weitergehen soll? In einer Demokratie kann die Antwort nur lauten: Die Menschen, die von diesen Krisen betroffen sind. Demokratie heißt, dass diejenigen, die bestimmten Regeln folgen müssen, diese Regeln auch selbst machen – das ist der Kern von Demokratie. Wenn aber eine demokratische Gesellschaft nicht weiß, wie es weitergeht, ist die Kontroverse zum einen unvermeidlich, zum anderen notwendig.

Unterschiedliche Sichtweisen müssen zusammenfinden, und dies in einer Situation, in der gewohnte Routinen ihre verhaltensleitende Kraft verloren haben.

Deutschland bietet hierfür beste Voraussetzungen: Die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit ist staatlicherseits in einem historisch beispiellosen Maß abgesichert. Sie können sich vor den deutschen Bundestag stellen und rufen: Scholz muss weg – es wird Ihnen nichts passieren. Gleichwohl zeichnen sich auf einer *informellen* Ebene bedenkliche Einschränkungen ab. Drei Beispiele:

- 1) Menschen, die sich eine fundierte Meinung zur Corona-Impfung gebildet haben und sie schließlich für sich ablehnen, können ein Lied davon singen, wie sie mit ihrer frei getroffenen Entscheidung in die rechte Ecke gedrängt werden. Spaziergänger = Impfgegner = Corona-Leugner = Verschwörungstheoretiker = Rechtsradikaler, lautet eine beliebte Kurzschlussformel.
- 2) Wer nicht sofort in den Chor derjenigen einstimmt, die für die Ukraine immer mehr, immer größere, immer schwerere Waffen fordern, für den gibt es den Ausdruck "Putin-Versteher". Ich komme darauf noch zu sprechen.
- 3) Der Komiker Jan Böhmermann hat in einem Gespräch mit Markus Lanz und Giovanni di Lorenzo von der Zeit am 6.9.2021 öffentlich moniert, dass der Virologe Hendrik Streeck bei eben jenem Lanz "eine Bühne" für seine "menschenfeindlichen" Äußerungen bekommen hat. Streeck, der in Gangelt die erste relevante Corona-Studie durchgeführt hat, hat immer wieder auf abwägende Art für Öffnung, gegen Schulschließungen argumentiert. Das hätte aus der Sicht von Böhmermann erst gar nicht in die Debatte eingebracht werden dürfen.

Das sind drei Beispiele dafür, wie auch in der gegenwärtigen Krisensituation die Debattenlandschaft vor Versuchen der Diskursschließung strotzt. Wichtig ist hierbei die *demokratiepolitische* Dimension dieser Diagnose: Es geht dabei nicht darum, zu wissen, was die absolut richtige Reaktion auf „Corona“ oder den Ukraine-Krieg ist; aber es geht darum, eine Debattenkultur zu schaffen, in der nicht nur absolute Kommunikationsprofis sich noch trauen ihre Meinung zu äußern und der große Rest des demokratischen Souveräns eben Angst bekommt, als "Menschenfeind" oder "Diktatorenfreund" zu gelten. Dieser darf dann ohnmächtig und ohne Stimme die Krise eben ertragen. Verstärkt werden dadurch Ohnmachtsgefühle, die durch die jüngsten Krisen ohnehin in die Höhe geschneilt sind. In einer Allensbach-Umfrage vom September haben 55 Prozent der Menschen angegeben, dass „unsere Zukunft vor allem von Ereignissen und Entwicklungen abhängt, die wir nicht beeinflussen können“. (FAZ vom 30.9., S. 10) Wenn uns allerdings die Demokratie wichtig ist, dann sollte man alles nur Erdenkliche tun, um das Selbstwirksamkeitsempfinden der Bevölkerung so hoch wie möglich zu halten, und da sind Diskursausschlussversuche absolut kontraproduktiv. Ohnmachtsgefühle schüren Ressentiments und Wut, die sich dann bei Schwächeren, oft Migranten, entlädt und so eben jenen Rechtspopulisten und obskuren Gruppierungen Auftrieb gibt, die sich dann als Stimme der Unterdrückten gerieren können.

2021 stellte das Allensbach-Institut fest, dass der Prozentsatz derer, die von sich sagen „Ich kann meine Meinung frei äußern“ von 66 Prozent im Jahr 2010 auf 45 Prozent im Jahr 2021

gesunken ist.<sup>1</sup> Unsere Vortragsreihe ist deshalb ein Plädoyer dafür, wieder über kontroverse Themen zu streiten: Regeln können in einer Demokratie nur dann Legitimität beanspruchen, wenn sie aus einem ungehinderten Gespräch unter Bürgern hervorgehen, die möglichst unverstellt ihre Wünsche, Bedürfnisse, Weltansichten in eben jenes Gespräch einbringen können. Die Gesellschaft muss wieder in die Lage versetzt werden, rückhaltlos über all jene Themen zu debattieren, von denen man gegenwärtig das Gefühl hat, dass man sich bei ihnen irgendwie nur in die Nesseln setzen kann: Abtreibung, Zuwanderung, die Rolle des Islam in westlichen Gesellschaften, Sexualerziehung an Schulen, blinde Flecken eines öffentlichen Rundfunks. Diese Themen werden derzeit vorrangig von rechts bespielt und instrumentalisiert, und haben in vielen Ländern Europas mittlerweile zu einem massiven Rechtsruck geführt. Was passiert, wenn derartige Themen notorisch ausgeschlossen werden, hat der Historiker Timothy Garton Ash sehr schön am Beispiel der Islamdebatte und Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ auf den Punkt gebracht:

"Aufgrund der brutalen Verfolgung von Minderheiten in Deutschland vor 1945 (...) hatten viele Journalisten, Intellektuelle und Politiker starke Hemmungen, diese Angst öffentlich zur Sprache zu bringen: 'So etwas sagt man nicht!', lautete das Tabu. Je weniger Menschen jedoch das Problem öffentlich ansprachen, umso mehr dachten daran – und sprachen vermutlich privat, in der Kneipe oder zu Hause, darüber. (...) So kam es, dass ein für Deutschland wirklich wichtiges Problem nicht auf guter Informationsgrundlage in einer offenen Diskussion abgehandelt wurde, sondern (Ash meint das Buch von Sarrazin) anhand eines stinkenden Gebräus von Eugenik und Kulturpessimismus." (T. G. Ash: Redefreiheit, 2017, S. 324)

Wer permanent bestimmte Themen für "unverhandelbar" erklärt, der stärkt also letztlich den Rechtspopulismus und dessen Theorien von einer Weltverschwörung, die angeblich einen "großen Bevölkerungsaustausch" plant und den weißen Mann an den Rand drängt. Der Sozialpsychologe Jonathan Haidt hat diesen Prozess für die USA sehr treffend beschrieben, und wenn wir nicht schleunigst gegensteuern, dann bekommen wir hier Zustände wie in den USA, oder in vielen Ländern Europas, in denen die rechtspopulistische Agenda bereits zu Regierungswechseln geführt hat, weil sie vom Trotz gegen "die abgehobenen Eliten" lebt.

Aber auch Themen von „links“ werden selten offen behandelt: Haben Erben von großen Vermögen nicht eigentlich leistungslose Einkommen und müssen deshalb in einer Leistungsgesellschaft als klar illegitim gelten? Müsste für ein adäquates Bekämpfen der Klimakrise nicht unsere Wirtschaft vom Profitprinzip abkehren? Müsste nicht der Westen, wenn er die Idee der Menschenrechte ernst nimmt, nicht bereits jetzt Entschädigungszahlungen an das beispiellos überflutete Pakistan leisten? Warum wurde die Nato eigentlich nicht in ein Sicherheitsbündnis unter Einschluss Russlands verwandelt, nachdem der Kalte Krieg beendet war? Warum wurden die USA nach den verheerenden Kriegen und von ihren Geheimdiensten betriebenen Regime Changes in Vietnam, Kambodscha, Iran, Guatemala oder dem Irak nicht im Namen des Völkerrechts sanktioniert wie das jetzt, völlig zurecht, mit Russland der Fall ist?

---

<sup>1</sup> [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte\\_dokumentationen/FAZ\\_Juni2021\\_Meinungsfreiheit.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf)

Wer solche Fragen stellt, wird schnell als „Anti-Amerikaner“ oder unverbesserlicher DDR-Fan abgekanzelt. Derartige Ausschlussversuche allerdings beschädigen die Demokratie. Denn gerade am *produktiven* Umgang mit schmerzhaften Unterschieden zwischen dem Weltbild von Bürgerinnen und Bürgern erkennt man die wirkliche Qualität einer demokratischen Debatte, einer guten demokratischen Kultur. Wenn Demokratie – nochmal – heißt, dass die Regeln von denen gemacht werden, die ihnen schlussendlich folgen müssen, dann muss zwingend die „Einflugschneise“ dessen, was im öffentlichen Raum verhandelt werden kann, so groß wie möglich sein – andernfalls wird Demokratie zur Schein- und Postdemokratie. Die beliebtesten Kampfbegriffe im öffentlichen Raum sind enorm effektiv, weil sie an grundlegenden psychologischen Mechanismen unserer Gattung ansetzen. Betrachten wir einmal zwei Kampfbegriffe, die um den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verwendet werden:

Putin-Versteher = „Dein Versuch, die Perspektive von Putin nachzuvollziehen, bedeutet, dass du gutheißt, was er tut. Schäm dich. Das tut man nicht.“

„Putins williger Helfer“ = „Du rechtfertigst die Handlungen von Putin nicht nur, sondern du unterstützt ihn auch noch.“

Analog funktionieren auch die inflationär verwendeten Begriffe „Rechtspopulist“, „Nazi“, „Rassist“, „DDR-Befürworter“ usw. usf. Die Botschaft ist jedes Mal: Du gehörst nicht mehr zu uns. Blicken wir etwas tiefer auf die Funktionsweise derartiger Botschaften. Die Angst vor sozialer Isolation ist für den Menschen eine extrem aversive Emotion, weil in der Evolutionsgeschichte die Isolation von den Artgenossen mit dem sicheren Tod verknüpft war. Deswegen bestraft uns unser emotionales System so stark, wenn Isolation droht. Erkenntnisse und Meinungen, die mit diesem Gefühl verknüpft sind, werden in das Hinterstübchen unseres Bewusstseins geschoben – sie sind dann „nicht mehr wichtig“, man schiebt sie weg, schließt sie aus oder gibt anderen Themen den Vorrang. Auf dieser Angst vor Isolation kann sich dann das Phänomen der „Kontaktschuld“ etablieren, also gewissermaßen Diskursausschlüsse zweiter Stufe. Das läuft dann folgendermaßen ab: Person X hat sich nicht sofort von Person Y distanziert, der man nachgesagt hat, sie habe, beispielsweise etwas „Transphobes“ oder „Rassistisches“ gesagt? Dann muss ich natürlich aufpassen, nicht mit Person X in Verbindung gebracht zu werden, denn dann könnte man auch von mir denken, ich teile die Meinung von Person Y. So führt Angst vor sozialer Isolation zu einer Debatten(un-)kultur, die den Ausschluss von Meinungen zu einer immer längeren sozialen Kette werden lässt. Fast keiner traut sich mehr, bestimmte Auffassungen zu äußern, weil er der Ansicht ist, dass er von anderen dafür verurteilt werden würde (Schweigespirale). In der geheimen Situation der Wahlkabine ist das nicht der Fall – da kann man dann die AFD wählen und sich als Rebell fühlen.

Seit es die Diskussion um „politische Korrektheit“ gibt, also etwa seit rund 25 Jahren, haben sich dieselben Mechanismen auch darauf übertragen, wenn man nur für offene Diskursräume eintritt. Denn auch dann äußert eine kleine Minderheit schnell den Vorwurf das sei „rechts“ – und ohnehin nur eine AFD-Thematik. Wer für offene Diskursräume eintritt, wirke daran mit, dass sich „Hass und Hetze“ in der Gesellschaft ausbreiten können, und ist deshalb selbst ein „Menschenfeind“ – also: isolationsbedürftig. Auf diese Weise immunisiert sich die Debatte, weil man keinen Standpunkt mehr außerhalb der sich polarisierenden Lager einnehmen kann: Wer rechte Sachen sagt, ist rechts und ohnehin ein Menschenfeind und wer für offene

Diskursräume eintritt, der ist eben auch rechts und ein Menschenfeind. Der Linguist Noam Chomsky hat einmal gesagt: „Wenn Sie wirklich für die Meinungsfreiheit sind, dann sind Sie für die Meinungsfreiheit von genau den Ansichten, die Sie verachten. Andernfalls sind Sie nicht für die Meinungsfreiheit.“ Die große Kunst von liberalen Demokratien besteht gerade in dem sozialen Wunder, *echte Differenz* in tragfähiges Gemeinwohl zu überführen. Dazu möchten wir mit der Vortragsreihe einen kritisch-konstruktiven Beitrag leisten. Aufklärung und Analyse ist hierbei das eine: Wie funktionieren solche Ausschlussstrategien, wer setzt sie warum ein und warum funktionieren sie? Wie man es besser macht, das andere: Wie können Verfahren wie das systemische Konsensieren einen Beitrag dazu leisten, den Raum des Sagbaren auf eine produktive, gemeinwohlförderliche und die Legitimität der Demokratie stärkenden Weise wieder auszuweiten.

Bislang tritt Mehr Demokratie auf der institutionellen Ebene für Bürgerbegehren, Sachentscheide auf Bundesebene und Bürgerräte ein. Aber die besten Institutionen nützen wenig, wenn unterhalb der institutionellen Ebene in der Kultur des zivilgesellschaftlichen Miteinander, im Politikbetrieb selbst sowie in weiten Teilen der Medien Mechanismen am Werke sind, die demokratische Debatte konterkarieren. Deshalb ist es bereits in der Logik von Mehr Demokratie angelegt, mit dem *Sachentscheid* auch die *Sachdebatte* zu fordern.

## II. „Cancel Culture“

Ich komme zum zweiten Teil, und vertiefe ein viel diskutiertes Phänomen, nämlich das der „Cancel Culture“.

Sie alle haben sicherlich im Juli dieses Jahres den Fall der Biologin Marie-Luise Vollbrecht verfolgt. Sie wollte an der Humboldt Universität zu Berlin einen Vortrag über die biologische Zweigeschlechtlichkeit des Menschen halten. Das hat, initiiert von der Studierendengruppe der sog. „Kritischen Jurist\*innen“ für Proteste gesorgt, was die Hochschulleitung bewogen hat, sich von den inakzeptablen Thesen von Vollbrecht zu distanzieren und schließlich die Veranstaltung aufgrund von „Sicherheitsbedenken“ abzusagen. (Aufgrund der daraufhin einsetzenden medialen Aufregung wurde die Veranstaltung schließlich nachgeholt.) Solche medienwirksamen Fälle sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Viele Wissenschaftler, vor allem solche, die keine feste Professur, sondern Zeitverträge haben, müssen mittlerweile Angst vor einem Reputationsverlust haben, wenn sie sich gegen das Gendern in der Sprache, die Gender-Studies oder bestimmte als anti-rassistisch behauptete Positionen aussprechen – das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit hat mittlerweile zahlreiche solcher Fälle dokumentiert.<sup>2</sup> In meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt erzählte mir einmal ein verbeamteter Hochschullehrer, dass er in Gremiensitzungen vor Kollegen nie die Gender-Studies methodisch oder inhaltlich kritisieren würde – er würde sofort in die Nähe der AFD gerückt werden und seine Reputation verlieren. Hier sehen wir wieder die Angst vor sozialer Isolation – auch Soziologen sind davon selbstverständlich nicht frei.

Wer von einer als links geltenden „Cancel Culture“ spricht, wird schnell gefragt, warum er nicht vielmehr den demokratiegefährdenden Rechtspopulismus thematisiert. Soll hier vielleicht

---

<sup>2</sup> <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/dokumentation/>

sogar der Rechtspopulismus implizit verteidigt werden, indem man eine als links geltende „Cancel Culture“ kritisiert? Wir werden sehen, dass beides viel enger zusammenhängt als es auf den ersten Blick scheint. Der Kern des Rechtspopulismus ist seine Illiberalität und seine Anti-Pluralität; er strebt eine ethnisch homogene Gesellschaft an, in der Minderheitenrechte keinen Bestand mehr zugunsten einer Tyrannei der homogenen Mehrheit haben sollen. Den Rechtspopulismus zu kritisieren ist deshalb enorm wichtig. Nicht umsonst wird laut dem Beschluss des Bundesverbandes die Zusammenarbeit mit der AFD höchst kritisch gesehen, ich verweise auf den Beschluss der Bundesmitgliederversammlung vom 7. Mai 2017. Die Gefährdung liberaler Demokratie durch den Rechtspopulismus ist vollkommen offensichtlich.

Die Aushöhlung liberal-demokratischen Gestaltens durch eine „Cancel Culture“ tritt demgegenüber in einer viel ambivalenteren Weise zutage. Mit „Cancel Culture“ ist nicht einfach *jede* Form von Diskursausschluss gemeint. Es handelt sich vielmehr um ein sehr spezifisches Phänomen, das seinen Ursprung in der Wissenschaft, vor allem in der Philosophie, den Sozialwissenschaften (außer der Ökonomie) und den Literaturwissenschaften hat. Man sieht gegenwärtig ein akademisch geprägtes, sich selbst als „woke“ beschreibendes Milieu, das überall „Mikro-Aggressionen“ vermutet, gegen „kulturelle Aneignungen“ zu Felde zieht, „Trigger-Warnungen“ und „Safe Spaces“ fordert, die Welt in „die Unterdrückten“ und „die Unterdrücker“ einteilt und deren Feindbild der „alte, weiße Cis-Mann“ ist, dem eine Erbschuld bezüglich kolonialer Verbrechen angelastet wird. Im Zusammenhang mit diesem höchst pauschalisierten, extrem undifferenzierten Weltbild kommt es immer wieder zu Versuchen, bestimmte Positionen aus dem öffentlichen Raum auszuschließen, weil sie angeblich „rassistisch“, „transphob“, „homophob“, „queerfeindlich“, „islamophob“ oder „sexistisch“ seien. Als „transphob“ gilt in diesen Kreisen die Aussage: „Es gibt zwei biologische Geschlechter.“ Als „rassistisch“ gilt die gewiss unsensible Frage an einen Migranten: „Woher kommst du?“ Als „islamophob“ gilt es, politische und menschenrechtliche Implikationen des islamischen Kopftuches anzusprechen, wie dies etwa die klassische Feministin Alice Schwarzer regelmäßig tut. Hier haben sich normative Standards so weit verschoben, dass 80 Prozent der Gesellschaft mit derartigen Begriffen belegt werden müssen; und zudem ist eine derartige Begriffsinflation auch eine drastische *Verharmlosung* von wirklichem, uneingeschränkt verdammungswürdigem Rassismus oder der Feindschaft gegenüber Frauen, Homosexuellen oder Transpersonen. Die Begriffe, in denen der Vorwurf der „Phobie“ vorkommt, haben dabei einen demokratiepolitisch besonders fatalen Charakter. Denn hier lautet die Botschaft nicht nur: „Du gehörst sozial isoliert, weil du moralisch verwerflich bist“. Sondern: „Du gehörst sozial isoliert, weil du psychisch krank bist, eine *Phobie* hast“. Das ist die maximal mögliche Exklusion: „Du gehörst nicht mehr zu denjenigen, mit denen wir überhaupt einen normalen Alltagsverkehr pflegen können, du gehörst in Therapie.“

Berührt ist durch diese „Cancel Culture“ zum einen die Lehre und Forschung an Universitäten. Einer 2020 von Traunmüller und Revers veröffentlichten Studie zufolge, sagen 64 Prozent der Studierenden an der Uni Frankfurt, dass Dozenten die der Auffassung sind, es gebe „talentbedingte Unterschiede zwischen Männern und Frauen“, keine Lehr-Erlaubnis erhalten sollten.<sup>3</sup> Dafür einzutreten, dass solche Fragestellung beforscht werden dürfen, heißt natürlich nicht, dieser Aussage bereits uneingeschränkt zuzustimmen – aber selbstverständlich muss

---

<sup>3</sup> <https://link.springer.com/article/10.1007/s11577-020-00713-z>

man beispielsweise als akademischer Psychologe solchen Fragestellungen nachgehen können. Berührt sind durch die „Cancel Culture“ aber auch die Satire, die Literatur, der Journalismus; es geht um Ausladungen von Sprechern und deren Niederbrüllen, und es etabliert sich in bestimmten Bereichen der Gesellschaft eine Atmosphäre, die der Schauspieler Sebastian Rudolph für den Bereich des Theaters wie folgt schildert:

„Die Angst, ausgestoßen zu werden von dieser angeblichen Mehrheitsmeinung ist so stark, dass viele im Theaterbetrieb inzwischen große Furcht haben, sich überhaupt noch abweichend zu bestimmten Themen (Rudolph nennt Rassismus, Gender, MeToo oder kulturelle Aneignung) zu Wort zu melden. (...)“ (Interview in der FAZ vom 04.10.2022, S. 13)

Woher aber kommt dieses Phänomen eigentlich? Dazu müssen wir einen Blick in die jüngere Geschichte werfen. Die „68er“ sind Ihnen allen ein Begriff. In den 1960er Jahren kamen neue soziale Bewegungen auf, in der Frauen, Homosexuelle und schwarze Menschen ihre Gleichberechtigung einforderten. Sie forderten schlichtweg das ein, was in den Verfassungen westlicher Gesellschaften bereits auf dem Papier kodifiziert war, aber sich in der sozialen Realität noch nicht durchgesetzt hatte: Dass schwarze Menschen ungehindert wählen können, dass Frauen einen Arbeitsvertrag abschließen können, ohne ihren Ehemann um Erlaubnis fragen zu müssen, dass Menschen das Recht zugestanden wird, zu lieben, wenn sie wollen. Diese sozialen Bewegungen wurden vor allem auch von Studierenden getragen, die mit diesem Liberalisierungsschub die Hoffnung verknüpften, den Kapitalismus zu überwinden und zu einer befreiten Gesellschaft zu gelangen. Man las inbrünstig Karl Marx, und die „Kritische Theorie“ der Frankfurter Schule inspirierte Millionen junger Menschen. Ebenfalls in den 1960er Jahren entstand in Frankreich eine Theorieschule, der man das Etikett „Poststrukturalismus“ gab; Jacques Derrida und Michel Foucault sind hier die bekanntesten Theoretiker. Das Zauberwort dieser Theorieschule war die „Dekonstruktion“; die „Dekonstruktion“ weitete die marxistische Kritik an wirtschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen auf andere soziale Beziehungen aus, und zwar auf genau jene, die sich „quer“ zu den herrschenden Schemata der Gesellschaft befanden. Also etwa zu der Differenz zwischen Mann und Frau, zwischen weißen und schwarzen Menschen. Die Dekonstruktion zielt darauf ab, eingeschliffene Unterschiede, die wir für „natürlich“ halten, zu verwischen, um bislang marginalisierten Lebensentwürfen Raum zu geben. Dieses Projekt der Dekonstruktion reiht sich ein in die Kämpfe der neuen sozialen Bewegungen: Wenn Liberalismus bedeutet, dass jeder nach seiner Fassung selig werden können soll, dann forderte die Dekonstruktion, den Raum an möglicher Glückseligkeit auszuweiten. Für diesen Prozess hat sich der Ausdruck „Identitätspolitik“ eingebürgert. Und daran ist nicht das Geringste kritikwürdig, denn es liegt genau auf der Linie, die liberal-demokratische Gesellschaften seit 200 Jahren verfolgen und zunehmend verwirklichen: Gleichachtung und Gleichberechtigung für jedermann.

Das Problem an der Dekonstruktion ist allerdings, dass sie, überhaupt nicht zu ihrem liberalen Impuls passend, den Liberalismus als Grundlage unseres Zusammenlebens vehement *ablehnt*. Liberalismus ist in den Augen der Dekonstruktion ein Unterdrückungsapparat, der seit der Epoche der Aufklärung im 18. Jahrhundert daran mitgewirkt hat, schwarze Menschen zu versklaven, Frauen zu unterdrücken, Homo- und Transsexualität als unnatürlich auszuschließen. Dieselbe Kritik richtet die Dekonstruktion an die modernen Wissenschaften. Diese seien per se darauf ausgerichtet, mit ihrem Anspruch auf „Objektivität“ Lebensentwürfe

an den Rand zu drängen. Die Dekonstruktion tritt auf der einen Seite für liberale Werte ein, lehnt aber den Liberalismus und wissenschaftliche Rationalität selbst ab. Das ist natürlich völlig widersprüchlich, und es wirft kein gutes Licht auf unsere intellektuelle Kultur, dass so etwas ausgerechnet an Universitäten eine so herausgehobene Stellung bekommen konnte. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen missbrauchen hier reihenweise ihre privilegierte Stellung, um ihre politische Privatmeinung durchzusetzen. Und diese Akademiker können an Universitäten schließlich das Denken von unzähligen jungen Menschen prägen, die als Hochschulabsolventinnen wiederum herausgehobene Positionen im Journalismus, in Kultureinrichtungen und in Behörden besetzen und so das, was Ihnen an der Universität vermittelt wurde, in die Gesellschaft hineinragen. Die Gender-Theoretikerin Judith Butler, die „Geschlecht ist Konstruktion“ miterfunden hat, ist heute die Hassfigur der Rechten, wenn diese gegen „Gender Gaga“ zu Feld ziehen. Man muss deshalb Rechtspopulismus und „Cancel Culture“ unbedingt in ihrem Zusammenspiel betrachten. Sie sind wie Katz und Maus. Wer nur den Rechtspopulismus mit seiner Illiberalität und seiner Anti-Pluralität kritisiert, sich dabei aber auf Anschauungen stützt, die der Dekonstruktion entstammen, treibt den Teufel mit dem Beelzebub aus.

Öffentliche Diskursräume geraten so massiv unter Druck: Im Namen der Gleichberechtigung von Minderheiten soll der liberal-demokratischen Debatte die Macht genommen werden, weil diese durch Wissenschaft, Aufklärung und Vernunft den Grund bildet, warum Minderheiten überhaupt erst unterdrückt wurden. Aufgrund dieser grundstürzenden Ambivalenz ist die „Cancel Culture“ viel schwieriger kritisch einzuordnen als der Rechtspopulismus. Dieser ist einfach klar illiberal und er vertritt das schließlich auch offen („illiberale Demokratie“/Orban); die „Cancel Culture“ hingegen ist beides zugleich – sie ist liberal *und* illiberal. Und genau deshalb kann man bei ihrer Einordnung auch so viel Verwirrung stiften. Der gesellschaftliche Umgang mit diesem Phänomen speist sich nämlich vorrangig aus Kommentaren, die eben aus diesem akademischen Milieu selbst stammen. Deshalb gilt auch die Thematisierung der „Cancel Culture“ als ausschließlich „rechts“. Die Wissenschaftler, die derartige Theorien erfunden haben und mit ihren „kritischen Interventionen“ die Gesellschaft fluten, verfügen selbstredend über eine hohe Deutungsmacht in der Gesellschaft. Demgegenüber können die allermeisten Bürgerinnen und Bürgern in Diskussionen nicht mit einem solchen als „schick“ geltenden Theorieinstrumentarium aufwarten. Sie fühlen sich dann, weil sie hier nicht mitparlieren können, abgehängt, ohnmächtig, und in ihrer Lebensführung abgewertet und das wiederum nährt schließlich das rechtspopulistische Narrativ, das der abgehobenen Elite das Volk ohnehin egal ist. Umso lauter wird dann, um eine Gegenmacht gegen diese kulturelle Dominanz aufzubauen, im Chor der rechtspopulistische Singsang angestimmt: „Wir sind das Volk.“ Genau deshalb brauchen wir endlich eine Debattenkultur, die die Verhandlung von *Sachfragen* unter der Prämisse „kommunikativer Chancengleichheit“ ernst nimmt. Nämlich um der „Cancel Culture“ *und* dem Rechtspopulismus gleichermaßen den Wind aus den Segeln zu nehmen, und das Versprechen auf eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft in höherem Maße einzulösen als dies gegenwärtig der Fall ist.

### III. Engagement

Was kann man tun? – und damit komme ich zum Schluss. Unterschiedliche Initiativen sind innerhalb des Vereins denkbar:



- a) Aufbau eines Mehr Demokratie-Debattenforums, wo kontroverse Meinungen ausgetragen werden.
- b) Diskussions- und Lesekreise, die sich das Thema Demokratische Kultur erschließen und weiterdenken: Was macht eine gute demokratische Kultur aus? Welche Standards sollten für Debatten im öffentlichen Raum gelten? Wie geht man mit Grenzfragen bezüglich der Ausschlusswürdigkeit bestimmten Positionen um (z. B. die Differenzierung zwischen legitimer Kritik an Israels Palästina-Politik und Antisemitismus)?
- c) Die Ausarbeitung von Positionspapieren (demokratische Kultur in (a) Politik, (b) Medien, (c) Zivilgesellschaft)
- d) Das Erproben und Verbreiten von demokratiefördernden, gruppendynamischen Beratungs- und Entscheidungsverfahren – auch innerhalb von Mehr Demokratie e. V.
- e) Die weitere Ausrichtung von Online-Veranstaltungen zu demokratischer Kultur

Bei Interesse: [christian.zeller@mehr-demokratie.de](mailto:christian.zeller@mehr-demokratie.de)

Ich schließe mit einem Zitat des Politologen Wolfgang Merkel: "Demokratie verlangt nach Debatte, nach der 'Freiheit der Andersdenkenden' (Rosa Luxemburg), nach dem 'zwanglosen Zwang des besseren Arguments' (Jürgen Habermas) – also nach Inklusion und nicht nach Exklusion."<sup>4</sup>

Ich danke Ihnen herzlich für's Zuhören und freue mich auf eine lebhafte Diskussion.

Lesetipps:

Ulrike Ackermann (2022): Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt, Darmstadt: wbg

Helen Pluckrose & James Lindsay (2021): Zynische Theorien: Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt, München: Beck

---

<sup>4</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335433/neue-krisen/>